

# 1 Klare Positionierung der Bundesregierung zum Wiederaufbau Syriens

**Antragsteller: Maximilian Korte**

2 Nach über fünf Jahrzehnten Assad-Herrschaft endete im Dezember 2024 eine Ära  
3 autoritärer Kontrolle in Syrien. Die Assad-Familie regierte das Land mit harter Hand,  
4 unterdrückte jede Opposition und setzte auf ein engmaschiges System aus  
5 Geheimdiensten und Militär. Der Bürgerkrieg, der 2011 mit Protesten gegen das  
6 Regime begann, entwickelte sich zu einem der schlimmsten Konflikte der  
7 Gegenwart. Hunderttausende Menschen wurden getötet, Millionen vertrieben, große  
8 Teile der Infrastruktur zerstört und die Wirtschaft schwer geschädigt. Der Krieg  
9 brachte auch Terrorgruppen wie den IS hervor und führte zu einer tiefen Spaltung der  
10 Gesellschaft. Im Dezember 2024 wurde Bashar al-Assad durch eine Offensive  
11 oppositioneller Kräfte, angeführt von Hay'at Tahrir al-Sham (HTS), gestürzt. Seitdem  
12 führt eine Übergangsregierung unter Ahmed al-Sharaa das Land.

13 Syrien ist ein Vielvölkerstaat, in dem neben der sunnitischen Mehrheit verschiedene  
14 Minderheiten leben. Nach dem Sturz des Regimes ist die Lage dieser Gruppen  
15 besonders angespannt. Die Alawiten, die unter Assad viele Schlüsselpositionen  
16 innehatten, sind nun verstärkt Ziel von Gewalt und Vergeltungsakten. Berichte über  
17 Massaker und Entführungen an Alawiten haben internationale Kritik ausgelöst und  
18 werfen Zweifel auf, ob die neue Regierung Minderheiten ausreichend schützt. Auch  
19 die Drusen, die vor allem im Südwesten Syriens leben, sind zunehmend bedroht. Sie  
20 haben eigene Milizen gegründet, um sich vor Angriffen zu schützen, und zeigen sich  
21 zwar zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit, bleiben aber misstrauisch. Die  
22 Kurden im Norden und Nordosten Syriens kontrollieren weiterhin einige Gebiete,  
23 doch viele Angehörige nicht-sunnitischer Minderheiten fliehen aus Angst vor  
24 islamistisch motivierten Übergriffen in kurdisch dominierte Regionen. Trotz offizieller  
25 Zusagen der neuen Führung, alle Volksgruppen einzubinden, bleibt die Realität für  
26 Minderheiten von Unsicherheit, Gewalt und Diskriminierung geprägt.

27 Frauenrechte in Syrien stehen nach dem Machtwechsel unter besonderer  
28 Beobachtung, da die neue Führung unter Ahmed al-Sharaa aus islamistischen  
29 Kreisen hervorgegangen ist. Viele syrische Frauen und internationale Beobachter  
30 befürchten, dass die neue Regierung – trotz ihrer Abgrenzung zum sogenannten IS –  
31 konservative und restriktive Geschlechterrollen stärken könnte.

32 Syrien ist und bleibt ein unabhängiges Land. Die Menschen in Syrien haben das  
33 Recht, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Sollte die neue syrische Führung die  
34 Rechte von Minderheiten oder Frauen bedrohen, muss die Bundesregierung mit allen  
35 ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Einfluss nehmen, um solche Entwicklungen zu  
36 verhindern. Dabei dürfen weder eigene Interessen noch die Interessen von  
37 Partnerstaaten über die Bedürfnisse und den Schutz der syrischen Bevölkerung  
38 gestellt werden.

39 Die Bundesregierung trägt eine besondere Verantwortung, sich für den Schutz von  
40 Menschenrechten und die Wahrung von Vielfalt in Syrien einzusetzen. Sie sollte aktiv  
41 daran mitwirken, Racheakte zu verhindern und eine umfassende Aufarbeitung der  
42 Vergangenheit für alle Seiten zu fördern. Nur so kann ein nachhaltiger Frieden  
43 entstehen.

44 Darüber hinaus spielt Deutschland eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau Syriens.  
45 Die Bundesregierung sollte gezielt Projekte unterstützen, die den Wiederaufbau von  
46 Infrastruktur, Bildungseinrichtungen und dem Gesundheitssystem fördern. Dabei  
47 muss sichergestellt werden, dass Hilfgelder transparent eingesetzt werden und  
48 allen Bevölkerungsgruppen zugutekommen – unabhängig von ethnischer oder  
49 religiöser Zugehörigkeit. Deutschland kann zudem durch den Austausch von  
50 Fachwissen, die Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und die  
51 Unterstützung von Versöhnungsprojekten einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung  
52 und zum Wiederaufbau des Landes leisten.

53 Die Bundesregierung sollte ihre Unterstützung an klare Bedingungen knüpfen:  
54 Fortschritte bei Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlicher  
55 Inklusion müssen Voraussetzung für eine umfassende Zusammenarbeit und  
56 finanzielle Hilfe sein. Nur so kann Deutschland dazu beitragen, dass Syrien eine  
57 friedliche und gerechte Zukunft erhält, in der alle Menschen – unabhängig von  
58 Geschlecht, Herkunft oder Religion – in Sicherheit und Würde leben können.

59 **Wir fordern daher:**

- 60 • Jede Unterstützung der Bundesregierung muss sich am Wohl und den Bedürfnissen des  
61 syrischen Volkes orientieren.
- 62 • Die politische Entwicklung in Syrien darf nicht hinter bereits erreichte Fortschritte  
63 bei Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit zurückfallen.

- 64 • Deutsche und europäische Hilfe soll gezielt Minderheiten sowie allen von  
65 Verfolgung bedrohten Gruppen zugutekommen und deren Schutz und Teilhabe  
66 fördern.